

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 4. April 2019

Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer fragte explizit nach, ob die Stadt Frankfurt etwas für den **Wiederaufbau des Goetheturms** bezahlen muss. Damit klärte er nun, dass die Erstattungen von Versicherungen und Spenden kostendeckend sein sollen und Frankfurt finanziell vermutlich nichts weiter wird beitragen müssen, um den Goetheturm erneut zu errichten.

In der hysterisch geführten Debatte um **Schutzzonen vor der Beratungsstelle von Pro Familia** im Westend meldete sich der AfD-Stadtverordnete Horst Reschke zu Wort. „Die besten Drehbücher schreibt immer noch das Leben“, merkt Reschke an. Auf dem Weg zum Plenarsaal im Römer hätten alle ein Pfeifkonzert von den üblichen Demonstranten passieren müssen, was ihn kurz vor dem Hörsturz gebracht habe. „Während wir uns also darüber streiten, welchen Abstand betende Christen zu halten haben, wird man hier unmittelbar behelligt“, so Reschke. Und weiter: „Im letzten Rechtsausschuss habe ich einen Begriff gehört, den ich hier unbedingt einmal erwähnen will, damit er im Protokoll festgehalten wird.“ Da nannte der Stadtverordnete Kliehm (die Linke) die Posten vor der Pro Familia ‚Hassbeter‘. „Christen, denen es darum geht uns zu erinnern, dass wir im Grunde nur einen legalistischen Weg gefunden haben, Tötung werdenden Lebens zu gestatten. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie noch das Sprachgefühl dafür aufbringen zu merken, was hinter solch einem Begriff überhaupt steckt“, fuhr der AfD-Stadtverordnete fort. „In der Verwendung des Wortes ‚Hassbeter‘ zeigt sich im Grunde der ganz persönliche Hass, der aus Alibigründen auf andere projiziert wird, den man jetzt aus opportunen Gründen dann auch in anderen sehen will. Im Grunde ist es ein widerwärtiger Begriff, der sicherlich zur Zeit der Inquisition geeignet war, um das Brennholz fein säuberlich aufzuschichten, und da vermeintlich für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Ruhe und Ordnung eines Friedhofes wohl gemerkt!“, erklärte Reschke. Hätte Herr Kliehm, der im Ausschuss lieber starke Ausdrücke benutze, als sich mit den Niederungen des Rechts zu beschäftigen, zugehört, was ein zu Rate gezogener Experte im Rechtsausschuss gesagt hatte, wüsste er: „Diesem Stadtparlament ist die Möglichkeit genommen, hierbei irgendwelche Anträge zu stellen. Schauen sie doch einmal in die HGO §50 Abs.2 in Verbindung mit §4 Abs.2 hinein. Wir haben gar nicht das Recht vom Dezernenten oder vom Bürgermeister so etwas zu fordern, weil uns das als Auftragsverwaltung quasi entzogen ist“, fasste der AfD-Stadtverordnete zusammen.

Nachdem sich Rosemarie Heilig im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern für ein **Paritätsgesetz** ausgesprochen hatte, demzufolge nur Parteien mit quotierten Listen an Wahlen teilnehmen dürften, meldete sich der AfD-Stadtverordnete Markus Fuchs zu Wort. Er hob hervor, dass ein solches Paritätsgesetz erstens verfassungswidrig und zweitens zutiefst undemokratisch sei. „Ich erteile gerne eine kleine Lektion in Demokratietheorie: Was die Grünen fordern, ist eine moderne Kostümierung des Ständestaats, wo die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe über die Repräsentanz entscheidet“, so Fuchs. Anscheinend hätten die Grünen das Wesen der parlamentarischen Demokratie gar nicht verstanden. In einer repräsentativen Demokratie würden in den Parlamenten nicht soziale Gruppen repräsentiert, sondern politische Meinungen. „Dass man Ihnen das kleine Einmaleins der demokratischen Theorie noch einmal unmissverständlich vermitteln muss, ist der eigentliche Skandal!“, schloss der AfD-Stadtverordnete.

Die AfD-Fraktion halte grundsätzlich die große Variante der **Einhausung der A661** zwischen Friedberger Landstraße und der Seckbacher Landstraße für sinnvoll und löblich, sagte Reinhard Stammwitz, Stadtverordneter der AfD. Deshalb habe die AfD in den Anträgen hierzu auch dementsprechend votiert. „Klar ist: Würde die Stadt Frankfurt effizienter, nicht ideologisch und verantwortungsvoller mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, wäre eine Realisierung der grundsätzlich von der AfD ebenfalls favorisierten

Die Art, wie die Missstände in der **Psychiatrie des Höchster Klinikums** aufgedeckt worden sind, könne man kritisieren, sagte Rahn. „Aber: Stellen wir uns nur vor, Wallraff wäre hier nicht aktiv geworden“, so Rahn. „Die Stadtverordneten würden dann keine Debatte über die Zustände in der Psychiatrie führen und der Dezernent würde tief und fest weiterschlafen.“ Der zuständige Dezernent Stefan Majer habe nun zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung angekündigt – „immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung!“ Aber der Zeitpunkt sei natürlich relativ spät, denn die verheerenden Zustände was den baulichen Zustand der Abteilung, die dortigen Hygienemängel, die Überbelegung und die Überforderung des Personals angehe, seien seit Längerem, also seit vielen Jahren, bekannt. Oder sie hätten bekannt sein können. Es habe Hinweise des medizinischen Dienstes der Krankenkassen dies-bezüglich gegeben, die man offensichtlich ignoriert habe oder denen man nicht nachgegangen sei. Ebenso seien vonseiten der Patientenfürsprecher Vorwürfe laut geworden. Und zugleich habe miserable Klinikumsbewertungen auf Portalen im Internet gegeben, die für gewöhnlich als absolute Pflichtlektüre für professionelle Krankenhausbetreiber gelten.



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Auch wenn der für die Wahlen zuständige Dezernent Jan Schneider (CDU) eine Aufarbeitung des Durcheinanders bei der Landtagswahl 2018 in der Stadtverordnetenversammlung für beendet erklärt hat, zeigte sich Rahn überzeugt: „Die **Debatte über Wahlpannen** werden wir nach der Europawahl 2019 noch einmal führen!“

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt:

10. April 2019 und **5. Juni 2019** um **17 Uhr** in den Fraktionsräumen

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **23. Mai 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP:

Dr. Dr. Rainer Rahn

(Fraktionsvorsitzender)